

An Oberbürgermeister  
Herr Dr. Scharpf  
Rathausplatz 1  
85049 Ingolstadt

**DIE LINKE.Stadtratsgruppe**  
**Am Bachl 16, 85049 Ingolstadt**

Roland Meier  
roland.meier@dielinke-ingolstat.de  
0151/ 400 677 61

Francesco Garrita  
francesco.garrita@dielinke-ingolstad.de  
0171/ 412 872 1

Ingolstadt, den 31. Mai 2023

**Betreff: Ächtung der Begriffe N\*\*\*\*\* und Z\*\*\*\*\***

Sehr geehrte Stadträt:innen,

wir bitten um Zustimmung zu folgendem Antrag:

Der Stadtrat möge beschließen, die Begriffe N\*\*\*\*\* und Z\*\*\*\*\* in öffentlichen und insbesondere städtischen Räumen zu ächten.

**Begründung:** Das N\*Wort und dessen Ableitungen sind für schwarze Menschen und People of Color (PoC) mit Leid, Diskriminierung, Gewalt, Ungleichheit und Entmenschlichung verbunden. Als sprachliches Machtinstrument wurde der Begriff während der Versklavung von schwarzen Menschen seitens der europäischen und amerikanischen Kolonialmächte verwendet, um eine rassistische Unterscheidung herzustellen, Machtverhältnisse zu untermauern und unterdrückende Strukturen zu festigen.

Das Z\*Wort ist eine von Klischees überlagerte Fremdbezeichnung der Mehrheitsgesellschaft, die von den meisten Angehörigen der Minderheit als diskriminierend abgelehnt wird – so haben sich die Sinti und Roma nämlich niemals selbst genannt. Die Durchsetzung der Eigenbezeichnung Sinti und Roma im öffentlichen Diskurs war von Anfang an ein zentrales Anliegen der Bürgerrechtsbewegung, die sich vor allem seit Ende der Siebziger Jahre in der Bundesrepublik formierte. Dadurch sollte zugleich ein Bewusstsein für jene Vorurteilsstrukturen und Ausgrenzungsmechanismen geschaffen werden, die im Stereotyp vom Z\*Wort ihre Wurzeln haben.

Beide Begriffe sind bis heute in Gebrauch, im Privaten, in Arbeitsräumen und Parlamenten. So hatte etwa ein AfD-Politiker im Mecklenburg-Vorpommerschen Landtag das Wort N\*\*\*\*\* ausgesprochen, trotz Kritik von den anderen Parteien, was ihm schließlich einen Ordnungsruf der Präsidentin des Landtags einbrachte. Dagegen hatte der AfD-Abgeordnete geklagt und vor dem Landesverfassungsgericht von Mecklenburg-Vorpommern Recht bekommen. „Die Verwendung des Wortes kann in einem solchen Kontext nicht ohne Weiteres als bloße Provokation oder Herabwürdigung aufgefasst werden; sie kann vielmehr Bestandteil einer inhaltlichen Stellungnahme sein“, so das Gericht in seinem Urteil. Es folgten Demonstrationen in Hamburg und Köln gegen dieses kurzsichtige Urteil. Auch eine Online-Petition für die Ächtung dieses rassistischen Begriffs wurde aufgerufen und über 130.000 Menschen haben diese unterzeichnet.

Mit dem vorliegenden Antrag soll nun, zumindest in Ingolstadt, eine Grundlage geschaffen werden, auf der die Bezeichnungsinteressen von PoC und Sinti und Roma verteidigt werden können. Die in Köln gegründete Initiative #Nwortstoppen hat ähnliche Erfolge bereits in Köln, München, Heidelberg und anderen deutschen Städten erzielt. Ingolstadt ist, neben Frankfurt und Augsburg, die Großstadt mit dem höchsten Migrant:innenanteil in Deutschland, Ingolstadt ist bunt, divers und vielfältig. Dem müssen wir auch in unserer Sprache Rechnung tragen.

Mit freundlichen Grüßen

Roland Meier  
Mitglied des Stadtrates

Francesco Garrita  
Mitglied des Stadtrates